

Infoblatt: Russland von der Revolution 1917 zu Stalin



1 Russland entwickelt sich seit den 1880er-Jahren zum Industriestaat

Das russische Zarenreich gehörte spätestens nach dem Ende der napoleonischen Kriege 1815 zu den europäischen Großmächten. Die innenpolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Russland entsprachen aber weder der Großmachtstellung des Landes noch dem Entwicklungsstand anderer europäischer Großmächte.

Autokratisch regiert, waren innenpolitische Reformen oder Demokratisierungsprozesse weitgehend ausgeblieben. Wirtschaftlich dominierte in Russland der Agrarsektor, während die Industrialisierung nur mühsam Fortschritte machte und bis 1914 auf wenige Industriezentren beschränkt blieb. Katastrophale Lebensbedingungen und Unterentwicklung auf der einen und ein expansives und aggressives Großmachtstreben auf der anderen Seite stürzten das Land mehrfach in schwere Krisen. In Folge des verlorenen russisch-japanischen Krieges 1904/05 kam es vor allem in den großen Städten, etwa in St. Petersburg, zu Streiks und Demonstrationen unzufriedener russischer Arbeiter. Im Januar 1905 ließ Zar Nikolaus II. (1868 – 1918, Zar von 1894 – 1917) eine friedliche Demonstration hungriger Arbeiterinnen und Arbeiter zusammenschießen. Der „Petersburger Blutsonntag“ forderte mehrere hundert Tote. Als Symbol der zaristischen Gewaltherrschaft trug er erheblich zur Radikalisierung der Arbeiterbevölkerung bei, die insgesamt jedoch nur einen geringen Anteil an der Gesamtbevölkerungszahl Russlands ausmachte. Die revolutionäre russische Arbeiterbewegung, die sich seit Ende des 19. Jahrhunderts zu formieren begann, konnte trotz drastischer Verfolgungen in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg immer weiter steigern. Allerdings rivalisierten innerhalb der verbotenen russischen Sozialdemokratie zwei Richtungen, die gemäßigten „Menschewiki“ (abgeleitet von der russischen Bezeichnung für „Minderheit“) und die radikalen „Bolschewiki“ (abgeleitet von „Mehrheit“) unter Wladimir Iljitsch Lenin (1870 – 1924).

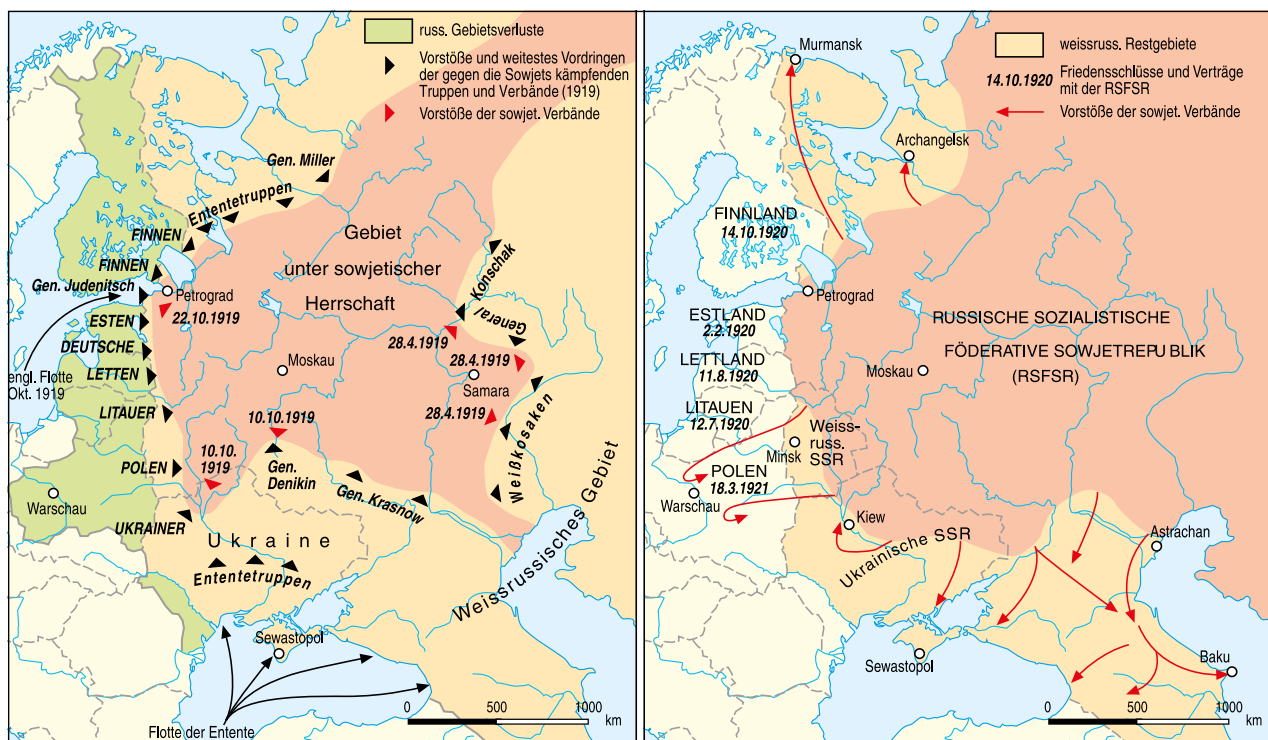
Als sich die innenpolitische Krise im Ersten Weltkrieg in Folge militärischer Niederlagen und enormer Versorgungsprobleme drastisch verschärfte, führten Streiks, Massendemonstrationen und Meutereien im Februar 1917 innerhalb weniger Tage zum Zusammenbruch der zaristischen Herrschaft. Nikolaus II. musste Anfang März 1917 abdanken; eine stabile politische Herrschaft konnte sich jedoch in den nächsten Monaten nicht etablieren. Dazu fehlten in Russland alle Voraussetzungen. Die Vertreter der alten Ordnung waren in weiten Teilen der Bevölkerung diskreditiert. Ein „bürgerlich-demokratisches“ Lager existierte bestenfalls in Ansätzen. Die Arbeiterbewegung war zerstritten. In den nächsten Monaten bildete sich ein Machtvakuum heraus, das mit dem Begriff „Doppelherrschaft“ bezeichnet wird. Die Duma, das russische Parlament, bildete zunächst eine provisorische Regierung, die von den früheren konstitutionellen Liberal-Demokraten (den sogenannten „Kadetten“) getragen wurde. Parallel zur Provisorischen

Regierung entwickelten sich die sogenannten „Sowjets“ (russisch für „Räte“) zu einem zweiten Machtzentrum, die vor allem in Petrograd (das 1914 umbenannte St. Petersburg) über großen Einfluss verfügten. In den Räten versuchten die Bolschewiki unter Lenin, der inzwischen mit deutscher Hilfe aus seinem Schweizer Exil zurückgekehrt war, ihren Einfluss systematisch auszubauen.

Obwohl die Regierung einige bürgerlich-demokratische Grundrechte einführte, blieb ihr der Erfolg versagt. Als verhängnisvoll erwies sich, dass sie den Forderungen, den Krieg zu beenden, nicht nachkam. Die Machtkämpfe zwischen der Provisorischen Regierung und den Bolschewiki spitzten sich bis Oktober 1917 soweit zu, dass es zu bewaffneten Auseinandersetzungen kam. In der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober 1917 (nach dem damals in Russland geltendem Julianischen Kalender; nach dem heute gültigen Gregorianischen Kalender am 6./7. November) fiel schließlich die Entscheidung: In Petrograd übernahm der Sowjet unter Führung der Bolschewiki die Kontrolle über die Stadt. Ähnliche Aktionen folgten in mehreren großen Städten des Landes. Die Regierung wurde gestürzt. Dem eher unspektakulären „Sturm auf das Winterpalais“ – Sitz der Provisorischen Regierung – sollte dabei später große symbolische Bedeutung zukommen. Ein „Rat der Volkskommissare“ unter Lenins Leitung übernahm als neue Regierung die Macht. Zu seinen ersten Amtshandlungen gehörten die Verabschiedung zweier richtungsweisender Dekrete: Mit dem „Dekret über den Frieden“ bot die Sowjetregierung den kriegsführenden Mächten umgehend Friedensverhandlungen an. Für die Reputation des neuen Regimes bedeutete dieses Dekret einen großen symbolischen Gewinn. Nicht nur im kriegsmüden Russland, sondern weit darüber hinaus fand der Aufruf große Zustimmung. Innen- wie außenpolitisch soll das Dekret den unbedingten Friedenswillen der neuen Sowjetmacht demonstrieren. Im „Dekret über Grund und Boden“ verfügen die Bolschewiki die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes und die Verteilung des Bodens an landlose oder landarme Bauern. Mit diesem Dekret wollte die neue russische Führung vor allem die breite ländliche Bevölkerungsmehrheit an sich binden, die unter desaströsen Lebens- und Arbeitsbedingungen litt. Trotzdem gelang es den Bolschewiki aber nicht, bei der am 12. November 1917 abgehaltenen Wahl zur Konstituierenden Versammlung, die über die zukünftige Verfassung des Landes entscheiden sollte, eine Mehrheit zu erringen (nur 175 von 717 Mandaten).

Als die Versammlung im Januar 1918 der Forderung der Bolschewiki nach Anerkennung der Sowjetmacht nicht nachkam, lösten diese die Versammlung gewaltsam auf. Letztlich erfüllten sich die Erwartungen der Bolschewiki jedoch nicht. Zwar gingen die Mittelmächte auf das russische Friedensangebot ein, doch führte der im März 1918 abgeschlossene „Raubfriede“ von Brest-Litowsk zu erheblichen Gebiets- und Bevölkerungsverlusten einschließlich der dort vorhandenen industriellen und landwirtschaftlichen Ressourcen. Auch die angestrebte Landreform führte nicht zu dem erhofften Ziel. Die Landbevölkerung blieb der neuen Führung gegenüber skeptisch, zumal Beschlagnahmungen und ein sehr hartes Vorgehen gegen die Landbevölkerung den anfänglichen Kredit schnell verspielten. Vor allem der unmittelbar nach dem Sieg der Bolschewiki einsetzende Bürgerkrieg, der von beiden Seiten erbarmungslos geführt wurde, machte alle Hoffnungen und Verheißungen auf eine bessere Zukunft schnell zunichte. Mit den radikalen Mitteln des „Kriegskommunismus“ versuchten die Bolschewiki ihre „Alleinherrschaft“ rigoros durchzusetzen: Die bürgerlich-demokratischen Rechte wurden weitgehend abgeschafft oder eingeschränkt, oppositionelle Gruppierungen und politische Gegner verfolgt, Schulen, Banken und privatwirtschaftliche Unternehmen verstaatlicht oder enteignet. 1920, am Ende des für die Bolschewiki letztlich erfolgreichen Bürgerkrieges war das Land zerrüttet; Gesellschaft, Industrie und Landwirtschaft lagen am Boden. Aber trotz des Bürgerkrieges und der Intervention zahlreicher westlicher Staaten seit 1918 hatte sich die Sowjetmacht etabliert: Am 30. Dezember 1922 wurde die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) gegründet. Nach und nach nahm die Sowjetunion den vom zaristischen Russland übernommenen Platz unter den europäischen Großmächten ein und stieg nach 1945 zu einer Weltmacht auf.

Die Revolution in Russland 1917 ist in ihren welthistorischen Auswirkungen vermutlich nur mit der Französischen Revolution von 1789 zu vergleichen, auf die sich die russische Revolution immer wieder berief. Die russischen Revolutionäre sahen sich als legitime Erben und Vollender der Französischen Revolution mehr als 100 Jahre zuvor. Von Anfang an zwangen die revolutionären Ereignisse – ihre Leistungen und ihre Exzesse – die Menschen zu einer Stellungnahme. Schnell standen sich Befürworter und Gegner der russischen Revolution im In- und Ausland gegenüber. Neutrale oder sachliche Stimmen zu finden, war schwierig. Auch die Arbeiterbewegung blieb in der Beurteilung der Oktoberrevolution gespalten. Während die Kommunisten, die erst nach der Oktoberrevolution an nennenswerten Einfluss gewinnen sollten, die Oktoberrevolution kritik- und vorbehaltlos zu ihrem Vorbild erkoren, verurteilten Sozialdemokraten und



2 Die Bolschewiki setzen sich im Bürgerkrieg 1917–1921 durch und gründen Sowjetrussland

kritische Linksozialisten nicht nur die Verbrechen der Sowjetmacht, sondern auch deren diktatorisches Konzept insgesamt. Linke Intellektuelle fühlten sich von der internationalistischen Ausrichtung, der sozialen Utopie, die in der Sowjetunion zumindest in Ansätzen verwirklicht zu werden schien, und der zumindest offiziell postulierten Friedfertigkeit des „ersten sozialistischen Staates“ der Welt angezogen. Auch ein rigider und radikaler Antikommunismus weckte bei vielen Sympathien für das geschmähte und lange isolierte Land. So konnte der Verweis auf die ferne Sowjetunion und die dort angeblich verwirklichte soziale Gleichheit auch als Kontrastfolie für die sozialen Missstände in den eigenen Ländern fungieren.

Nicht zufällig kamen viele zunächst enthusiastisch gestimmte Besucher des „neuen Russland“ nachdenklich oder gänzlich desillusioniert aus dem einstigen Sehnsuchtsland zurück. Zu offensichtlich klafften Anspruch und Wirklichkeit in der Sowjetunion auseinander.

Lange blieb Sowjet-Russland, wie es zunächst hieß, und später die Sowjetunion für viele das „Vaterland aller Werktätigen“. Moskau galt als Zentrum der „Weltrevolution“ – einer These, die eher mit dem später in Ungnade gefallenen Revolutionsführer Leo Trotzki (1879–1940) in Verbindung zu bringen ist als mit Lenin und dessen Nachfolger Josif W. Stalin (1878–1953). Schon kurz nach der Oktoberrevolution war es Ende 1917 an den russischen Fronten zu Verbrüderungsszenen mit deutschen oder österreichisch-ungarischen Soldaten gekommen. Die deutsche und die österreichisch-ungarische Militärführungen reagierten auf die meist spontanen Verbrüderungen auf unterschiedliche Weise. Einerseits hatten sie ein Interesse daran, dass die russische Armee destabilisiert wurde und als Gegner schließlich ganz aus dem Krieg ausschied; andererseits fürchteten sie aber, dass der revolutionäre „Bazillus“ auch auf die eigenen Soldaten übergriff. Revolutionären russischen Agitatoren gelang es, unter deutschen und österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen teils begeisterte Freiwillige für die „Rote Armee“ oder den Aufbau der Sowjetmacht zu rekrutieren. Zu ihnen gehörten der Führer der ungarischen Räterepublik von 1919, Béla Kun (1886–1939), und viele weitere kommunistische Funktionäre, aber auch der später berühmte Präsident des Volksgerichtshofes im nationalsozialistischen Deutschland, Roland Freisler (1893–1945).

Insgesamt blieb die von der Sowjetregierung erhoffte Ausstrahlung der Oktoberrevolution auf die westliche Welt aber eher gering. In Deutschland, auf das die russischen Revolutionäre besonders große Hoffnungen gesetzt hatten, kam es nicht zu einem sozialistischen Umsturz. Ansätze dazu, die es in der „Novemberrevolution“ von 1918 gegeben hatte, mündeten ab Anfang 1919 in die erste parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik – einem dezidierten Gegenentwurf zum russischen „Rätmodell“. Die kurzzeitig regierende revolutionäre Räteregierung in Bayern wurde Anfang 1919 blutig niedergeschlagen. Auch den Räterepubliken in Ungarn und in der Slowakei war keine lange Lebensdauer beschieden. In den meisten anderen europäischen Ländern gab es überhaupt keine vergleichbaren revolutionären Erhebungen.

Nach den Erfahrungen dieser gescheiterten Revolutionsversuche konzentrierte sich die Sowjetregierung zum einen auf die Sammlung der teils ins Exil in die UdSSR gegangenen Revolutionäre und zum anderen auf die Organisation von revolutionären Befreiungsbewegungen in den Kolonien und an ihren Peripherien. Kristallisationszentrum dieser Bemühungen wurde die 1920 gegründete Kommunistische Internationale (Komintern), die die Politik der kommunistischen Parteien weltweit koordinieren sollte. Besonders unter Stalin musste die Komintern jedoch alle bislang zumindest ansatzweise eigenständigen Interessen vollständig dem sowjetischen Einfluss unterordnen. Viele der in der Sowjetunion verbliebenen Komintern-Mitarbeiter fielen in den späten 1930er Jahren – ebenso wie zahlreiche Revolutionäre der ersten Stunde – den sogenannten Stalin’schen „Säuberungen“ zum Opfer. Nach dem Sieg im Zweiten Weltkrieg 1945 baute die Sowjetunion ihren Einfluss in den von ihr besetzten östlichen Teilen Europa systematisch aus. In der „sozialistischen Staatengemeinschaft“, zu der im Laufe der Zeit noch einige „sozialistische“ Länder der „Dritten Welt“ kamen, war von den ursprünglichen Idealen der Oktoberrevolution nur noch wenig zu spüren. Der Kult, mit der die „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ offiziell regelmäßig inszeniert wurde, blieb eine Angelegenheit der mit sowjetischer Hilfe an die Macht gelangten sozialistischen und kommunistischen „Bruderparteien“, die über nur wenig Rückhalt in den jeweiligen Landesbevölkerungen verfügten. Entsprechend zwiespältig fiel der verordnete Umgang mit dem „Roten Oktober“ in den Ländern des Ostblocks aus.

Erst der Zusammenbruch der sozialistischen Staaten nach 1989 und das formale Ende der Sowjetunion im Dezember 1991 haben es inzwischen leichter gemacht, die revolutionären Ereignisse von 1917 als ein historisch bedeutsames Ereignis zu würdigen, deren Folgen die Welt über viele Jahrzehnte nachhaltig prägen sollte.

135

140

145

150